

max:mustermann
für die Person Max Mustermann
Musterstraße 47
DE-12345 Musterstadt

IRS GERMANY
Gießener Str. 30

60435 Frankfurt

15. September 2017

Betreffend Kollateralkonto: XXX 65 170839 J 003

Sehr geehrter Geschäftsführer der IRS GERMANY in Frankfurt,

beiliegend finden Sie zu Ihrer werten Information und Kenntnisnahme die Anmeldung der Verweigerung einer Haftungsübernahme im Zusammenhang mit der offensichtlich nicht versicherten Bundestagswahl in GERMANY.

Es wurde über Wochen hinweg ein Weg gesucht, die bestehende Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit den stattfindenden sog. Bundestagswahlen mit den uns Investoren zur Verfügung stehenden Mitteln zu klären. Dabei wurden das Bundesverfassungsgericht, der Generalsekretär der United Nations, sowie die Botschaften der Alliierten in diesen Heilungsversuch mit eingebunden. Leider ohne Erfolg. Von Seiten der privat Verantwortlichen (GERMANY, UN, Mitglieder der Alliierten) scheint es offenbar keinen Handlungsbedarf zu geben.

Die Haftungsfrage für diese – aus Sicht der Investoren und Gläubiger dieses Systems – illegalen Bundestagswahl in GERMANY ist bis heute nicht gelöst.

Es gab lediglich eine unbegründete rechtliche Empfehlung von Seiten des Bundesverfassungsgerichtes: „die Beschwerdeeinreichenden sollen ihre Rechtsauffassung überdenken“.

Dies haben die Beschwerdeeinreichenden getan und ihre Rechtsauffassung mittels beiliegendem Dokument geltend gemacht. Dieses Haftungsverweigerungs-Dokument liegt dem Präsidenten der Entität GERMANY bereits vor. Schweigen wird als Einverständnis in diesem Vorgang gewertet.

Somit gelten folgende Fakten bis zur endgültigen Klärung der Haftungsfrage:

Der hier zeichnende Investor/Gläubiger

1. entläßt **unter keinen Umständen** die aktuelle Bundesregierung der Entität GERMANY, sowie alle Mitglieder der bisherigen Regierung aus der Haftung für die Tätigkeit der letzten Legislaturperiode und dies ungeachtet eines eventuell herbeigeführten anderslautenden Wahlausganges.

Denn die letzte sog. Bundestagswahl fand ebenso wie die aktuelle sog. Bundestagswahl, ohne Versicherung der Regierung und seiner Mitglieder statt.

2. hält fest, daß er bereits für alle Leistungen vorbeahlt hat und diesen Umstand regelkonform geltend gemacht hat. Weitergehende (Haftungs-)Ansprüche der sog. Bundesregierung sind nicht vertraglich vereinbart.

3. bestätigt, daß er alle öffentlich zur Verfügung gestellten Möglichkeiten im ausreichenden Maße genutzt hat. Die dem Investor/Gläubiger zur Verfügung gestellten rechtlichen Möglichkeiten reichen offensichtlich nicht aus, seine Ansprüche in der Öffentlichkeit anzumelden, da die bei den Sachbearbeitern von GERMANY anscheinend bestehende „need to know basis“ offensichtlich keine Geltendmachung zuläßt. Es wird festgehalten, daß dies vertragswidrig ist. Denn eine Haftungsübertragung ohne durch die Verwaltung zugelassene Rechtsmittel wird für unzulässig erklärt.

4. bestätigt explizit die private Haftung der Verantwortlichen (GERMANY, UN, Mitglieder der Alliierten) dieses Vorgangs. Die Haftungssumme wird mittels dieses Schreibens aktuell auf zehn Milliarden Yuan begrenzt. Der Investor/Gläubiger behält sich allerdings weitergehende Haftungsansprüche im Falle eines Angriffskrieges unter Leitung bzw. aktiven Beteiligung der nicht versicherten sog. Bundesregierung von GERMANY vor.

Hiermit wird mittels dieses Schreibens durch den Zeichnenden ein Verfügungsverbot für das oben genannte Kollateralkonto herausgegeben, bis die Versicherungsfrage aus der illegalen Bundestagswahl geklärt ist. Es liegt im Ermessen der IRS zu prüfen, inwieweit nach der illegalen Bundestagswahl eine Verfügung im Interesse der Gemeinschaft vertretbar ist.

Falls Ihnen und Ihrem Hause das beiliegende Dokument durch den sog. Bundespräsident nicht zugestellt wurde, so bittet der Unterzeichnende um eine kurze Nachricht und/oder um die direkte Meldung dieser Zustellverweigerung an die UPU in Bern.

Im Falle des Verdachts des Steuerbetruges bzw. des Verdachts eines unautorisierten Zugriffs auf das oben genannte Kollateralkonto zur Deckung einer nicht versicherten Handlung der Entität GERMANY, wird die IRS durch den Unterzeichnenden dazu autorisiert, diesen Vorgang strafbewehrt zu unterbinden.

Der Unterzeichnende stellt die Interessen der sozialen Gemeinschaft über seine eigenen Interessen und wünscht eine gemeinschaftsverträgliche Lösung dieses durch die Ersatzverwaltung der Alliierten (GERMANY) ausgelösten Versicherungsproblems.

Im Interesse einer einvernehmlichen Lösung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

By *Max Mustermann* a.r.

Anlage

Kopie der Haftungsverweigerung
Zustellnachweis Rückschein